



## **Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 24.01.2016:**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru*

Dan-news.info: Die DVR wird bei dem bevorstehenden Treffen der Untergruppe zur Sicherheit in Minsk am 27. Januar verschärfte Maßnahmen zur Garantie der Sicherheit der Arbeiten zur Entminung an zentralen Infrastrukturobjekten an der Kontaktlinie fordern. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Diese Frage wird regelmäßig aufgeworfen. Und jetzt müssen wir den Mechanismus der Garantie der Sicherheit zur Durchführung dieser Arbeiten verschärfen. Solche Mechanismen werden ausgearbeitet und werden von unserer Seite vorgeschlagen werden“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Wir erinnern daran, dass insgesamt in das Projekt zur Entminung und gleichzeitigen Reparatur von Infrastrukturobjekten im Donbass 12 Objekte aufgenommen wurden, zum größten Teil (7 von 12) aus dem Bereich der Stromversorgung.

In diesem Jahr begannen die Arbeiten am 18. Januar bei Gorlowka, aber an diesem Tag wurden sie aufgrund eines Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte, die in der Nähe von Sajzewo stationiert sind, gestoppt. An den folgenden Tagen entwickelte sich die Situation in gleicher Weise, trotz der Anwesenheit von OSZE-Beobachtern in der Zone der Arbeiten. Die ukrainische Seite versucht dabei die Schuld für das Scheitern der in der Kontaktgruppe vereinbarten Arbeiten von sich zu weisen, aber diese Behauptungen widersprechen sogar den OSZE-Berichten.

Dan-news.info: Die Regierung der Ukraine befindet sich in einer Krise bezüglich des Treffens von Entscheidungen zur friedlichen Regelung im Donbass, das Einflusszentrum verschiebt sich auf das Format USA-RF. Dies erklärte heute der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe, der Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

„Man kann von einer Krise der Koordination und Beherrschung der Situation von Seiten Kiews sprechen. Es gibt Erklärungen und Absichten des Präsidenten der Ukraine, die nur Worte bleiben, im Sinne dessen, dass keine einzige von ihnen erfüllt wurde. Und jetzt legen wir mehr Hoffnung auf ein Format, das eine Unterstützung des normannischen ist – RF und USA. Das nächste Treffen in Minsk muss zeigen, ob der Westen in Gestalt der USA in der Lage ist, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten Einfluss auf die ukrainische Seite auszuüben“, sagte Puschilin.

Wir erinnern daran, dass zuvor der Botschafter der USA in der Ukraine Jeffrey Pyatt das ukrainische Parlament aufgerufen hat für Änderungen in der Verfassung des Landes im Teil der Dezentralisierung zu stimmen. Nach den Worten Pyatts wird in den USA und Europa „dieser Prozess aufmerksam verfolgt“. An diesem Tag rief Poroschenko die Abgeordneten auf Änderungen an der Verfassung anzunehmen, aber erst auf der nächsten Sitzung im ersten Halbjahr 2016. Zuvor hatte er erklärt, dass die Minsker Vereinbarungen (die Änderungen in der Verfassung der Ukraine vorsehen) bis Ende 2015 erfüllt sein müssen.

Der Maßnahmenkomplex zu Erfüllung der Minsker Vereinbarungen sieht vor, dass in der Ukraine eine Verfassungsreform durchgeführt werden muss, die es erlauben würde, dass der Donbass einen besonderen Status erhält. Änderungen in der Verfassung erfordern eine Abstimmung mit dem Donbass. Am 31. August hatte die Rada sie in erster Lesung angenommen, aber in der DVR und LVR wurde erklärt, dass keine Abstimmung des Dokuments stattfand. Allerdings erörterte die Rada sie nicht in zweiter Lesung. Nach dem Gesetz ist der äußerste Zeitpunkt der 2. Februar. Änderungen an der Verfassung müssen in zwei Sitzungen angenommen werden, wobei in der zweiten Sitzung („in der nächsten ordentlichen Sitzung gemäß §155 der Verfassung) 300 Abgeordnete (2/3) für sie stimmen müssen. Andernfalls muss der ganze Prozess von vorn beginnen.

Die Abgeordneten meinen, dass sie vielleicht einen juristische Ausweg finden, der es ihnen erlaubt den Beschlussprozess auf eine dritte Sitzung zu verlängern, die nach dem 2. Februar beginnt. Beim Verfassungsgericht der Ukraine wurde eine Eingabe von 51 Abgeordneten eingereicht, den Paragraphen über die „nächste Sitzung“ klar zu stellen. Nach Meinung der Abgeordneten gibt es in der Verfassung keine feste Regelung, welche Sitzung als „ordentlich“ und was die „nächste ordentliche“ ist.